

FDP-Präsident **Müller** über den Ausländerzustrom

Philipp Müller
warnt vor
«Armutsein-
wanderung».

«Das Problem kommt aus dem Süden»

INTERVIEW: SARAH WEBER

Herr Müller, Deutsche kehren vermehrt in die Heimat zurück. Viele klagen über die deutschfeindliche Stimmung in der Schweiz. Was sagen Sie dazu?

Philipp Müller: Für Pöbeleien gegenüber Deutschen habe ich gar kein Verständnis. Ich glaube aber, die Rückwanderung nimmt aus wirtschaftlichen Gründen zu. In Deutschland boomt die Wirtschaft, damit werden die gut Qualifizierten dort gebraucht. Für die Schweiz sind die Deutschen ökonomisch betrachtet die wichtigsten Einwanderer. Wir brauchen diese Fachkräfte.

Wozu brauchen wir Deutsche?

Die deutschen Einwanderer sind kompetente Leistungsträger. Ich kenne viele und schätze sie sehr. Sie sind für die Deutschschweiz die idealen Arbeitskräfte, denn sie sprechen die Sprache, sind fleissig, zahlen Steuern, sind gut ausgebildet und respektieren unsere Rechts- und Gesellschaftsordnung.

Was wollen wir noch? Mich stört viel mehr, dass wir bei all dem Wirbel über die Deutschen die echten Zuwanderungsprobleme ausser Acht lassen.

Was sind denn da die drängendsten Probleme?

Die Armutseinwanderung aus südeuropäischen Ländern wie Portugal oder Spanien wird erheblich zunehmen, sobald es wärmer wird. Um die Lebenshaltungskosten gering zu halten, leben die Betroffenen auf Campingplätzen. Das hat sich im vergangenen Sommer abgezeichnet. Durch die Wirtschaftslage in den südlichen EU-Staaten verschärft sich das weiter.

Warum sind Einwanderer aus Krisenländern ein Problem?

Die meisten sind nicht gut qualifiziert und finden in der Schweiz keine Jobs. In ihrem Herkunftsland sind die Chancen aber noch geringer, also bleiben sie hier. So ist beispielsweise die Rückwanderung der Portugiesen von 5200 im

Jahr 2010 auf gerade noch 1200 im letzten Jahr gesunken. Das belastet zunehmend die Sozialwerke. Und birgt die Gefahr von mehr Schwarzarbeit, Lohn- und Sozialdumping sowie Kriminalität.

Rechtlich gesehen dürfen diese Zuwanderer hier bleiben.

Ja, schon. Aber sie müssen während der Zeit der Arbeitssuche in der Schweiz über genügend finanzielle Mittel verfügen, um hier leben zu können. Und es scheint niemanden zu interessieren, ob sie sich nach einem Aufenthalt von drei Monaten die erforderliche Bewilligung holen und sich effektiv nur die erlaubten sechs Monate in der Schweiz aufhalten. Daher bleiben viele länger als erlaubt.

Ihr Rezept ge-

gen Armutseinwanderung?

Wir reichen in der Sondersession im April einen Vorstoss ein. Das Bundesamt für Migration muss handeln. Es soll die kantonalen Migrationsämter anweisen, die Ausländer auf den Campingplätzen und in anderen Unterkünften zu kontrollieren, sofern sie länger als ferienüblich in der Schweiz leben. Und wer seine Lebenshaltungskosten nicht selber tragen kann, muss gehen.

Warum wollen Sie diese Leute wieder wegweisen?

Solche Leute höhlen Sinn und Zweck des Freizügigkeitsabkommens aus. Damit geht die Akzeptanz für die Personenfreizügigkeit beim Volk restlos verloren. ●



Fotos: Manuel Zingg, Stefano Schröter